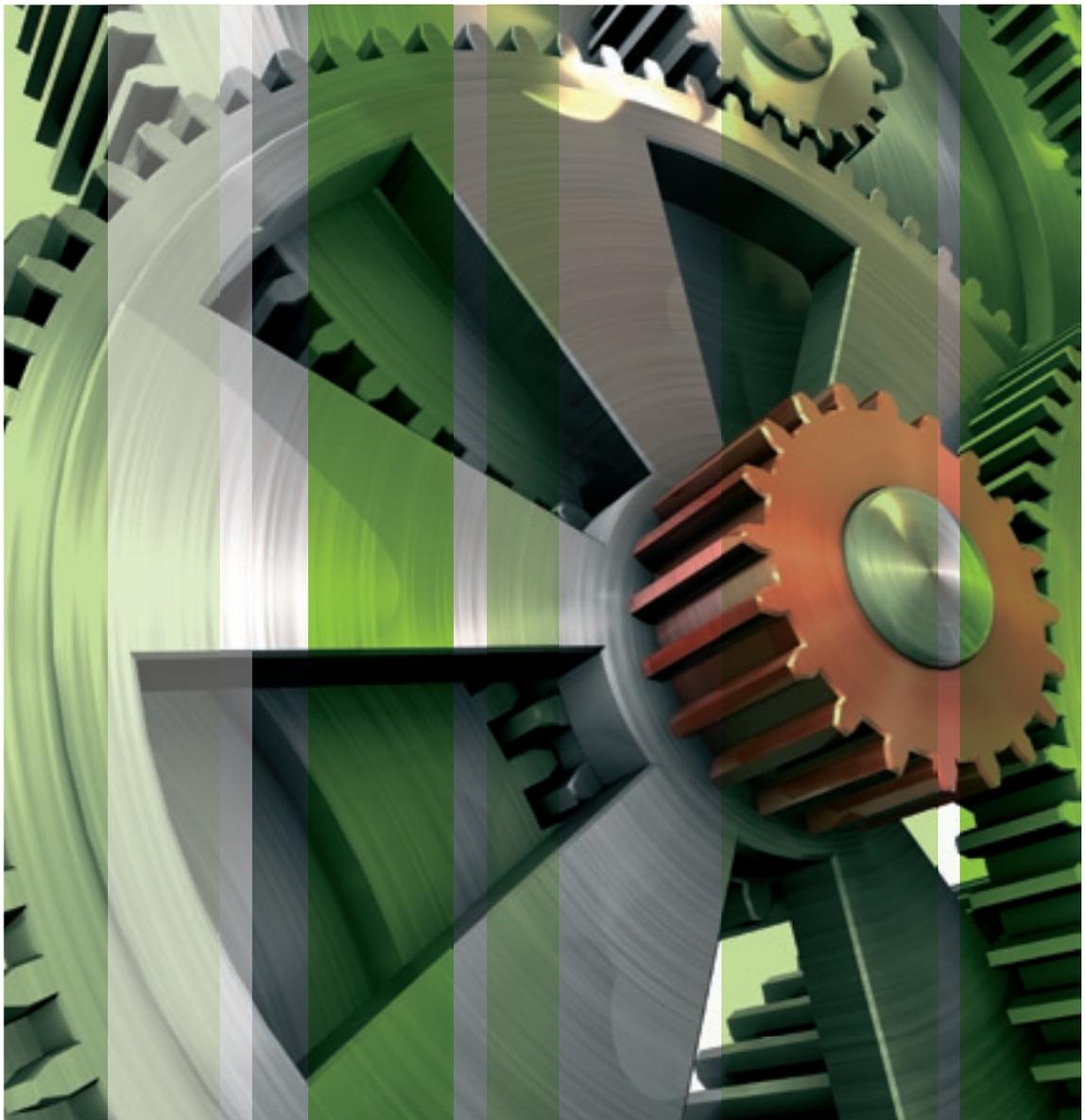


Jahresbericht 2008/2009

Nachhaltige Industriepolitik für Europa



Daten und Fakten zum Institut

MitarbeiterInnen Das Institut beschäftigt über 130 MitarbeiterInnen, darunter rund 100 WissenschaftlerInnen.

Umsatz Der Umsatz für das Jahr 2008 betrug etwa 9,8 Millionen Euro. Das Öko-Institut finanziert sich aus Einnahmen der Projektarbeit sowie über Mitgliederbeiträge und Spenden.

Projekte Rund 280 nationale und internationale Projekte haben die WissenschaftlerInnen in 2008 bearbeitet. Die Aufträge kommen aus der Politik, der Wirtschaft und von Nichtregierungsorganisationen.

Themen Energie und Klima, Immissions- und Strahlenschutz, Landwirtschaft und Biodiversität, Nachhaltiger Konsum, Nachhaltige Mobilität, Nachhaltige Ressourcenwirtschaft, Nachhaltige Unternehmen, Nukleartechnik und Anlagensicherheit, Recht, Politik und Governance, Technologiebewertung und Chemikalien-Management.

Methoden Das Öko-Institut verfügt über ein breites, fachübergreifendes Methodenrepertoire. Dazu gehören unter anderem Ökobilanzen und Kostenanalysen des gesamten Lebenszyklus von Produkten, ebenso wie Ökoeffizienz-Analysen, in denen Umweltfolgen und Kosten integriert betrachtet werden. Aber auch Rechts- und Governance-Analysen, beispielsweise zur Effektivität von Politikinstrumenten, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Sicherheits- und Risikoanalysen, die Untersuchung von Stoffströmen und die Entwicklung von Szenarien oder die Wissensvermittlung in Stakeholderprozessen sind fester Bestandteil der Arbeit.

Organisationsstruktur Das Öko-Institut ist als gemeinnütziger Verein organisiert, der von einem Vorstand geleitet wird. Dieser überträgt der Geschäftsführung, unterstützt durch das Leitungsgremium, wichtige Aufgaben. Das Kuratorium berät das Institut in wissenschaftlich und gesellschaftlich relevanten Fragen. Das Öko-Institut hat rund 2800 Mitglieder, darunter 30 Kommunen.

Institutsbereiche Die wissenschaftliche Arbeit ist in Institutsbereichen organisiert:

- Energie & Klimaschutz
- Nukleartechnik & Anlagensicherheit
- Infrastruktur & Unternehmen
- Produkte & Stoffströme
- Umweltrecht & Governance



Das Öko-Institut ist eine der europaweit führenden, unabhängigen Forschungs- und Beratungseinrichtungen für eine nachhaltige Zukunft. Seit der Gründung im Jahr 1977 erarbeitet das Institut Grundlagen und Strategien, wie die Vision einer nachhaltigen Entwicklung global, national und lokal umgesetzt werden kann.

Auf Basis einer wertorientierten wissenschaftlichen Forschung berät das Öko-Institut Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Das Institut ist an den Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin vertreten.



Inhalt

Jahresbericht 2008 / 2009 – Nachhaltige Industriepolitik für Europa

Editorial 4

Die Meilensteine 2008 - Höhepunkte aus der Arbeit des Öko-Instituts. 6

Im Interview: Christian Hochfeld, Mitglied der Geschäftsführung 8

Kurzporträts aus den Arbeitsgebieten

Ausgewählte Projekte zum Thema Nachhaltige Industriepolitik 2008/2009

 Konsum der Zukunft 10

 Klimaschutz-Szenario für den Verkehrssektor 11

 Vertretung von Verbraucherinteressen in der europäischen Ökodesign-Richtlinie .. 12

 Der REACH Praxisführer hilft beim sicheren Umgang mit Chemikalien 13

 Wie klimaverträglich sind die Produkte und Dienstleistungen des Alltags? 13

 Welche Stromsparkonzepte könnten in Deutschland Erfolge erzielen? 14

Ausgewählte Projekte zu anderen Themen 2008/2009

 Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle 14

 Gutachten zu dem Brand im Kernkraftwerk Krümmel. 15

 Wie lassen sich radioaktiv belastete Lebensmittel sicher entsorgen?..... 16

 Weiterentwicklung der Emissionshandelsrichtlinie. 17

Das Leitungsteam, die Vorstandsmitglieder, das Kuratorium 18

Referenzen. 20

Service 21

Internationale Jahrestagung 2009 / Machen Sie mit! 22

Pressestimmen 2008 23

Nachhaltige Industriepolitik für Europa

Editorial



Liebe Leserinnen und liebe Leser,

die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hält die Welt in Atem, und trotz aller Rettungsversuche ist noch kein wirkliches Licht am Ende des Tunnels zu erkennen. Die Krise hat die größten und mächtigsten Volkswirtschaften der Welt an den Rand des Abgrunds gebracht. Ganze Staaten stehen kurz vor dem Bankrott, und noch immer können wir nicht absehen, wie weitreichend die Auswirkungen sein werden. Deutlicher konnte uns nicht vor Augen geführt werden, dass ein Umbau des Wirtschaftssystems im Sinne einer Nachhaltigkeit dringend notwendig ist.

Mit kaum noch vorstellbaren Summen wird nun versucht, die Konjunktur so schnell wie möglich wieder anzuwerfen. Ob die riesigen Programme greifen? Nun, die Hoffnung bleibt. Doch eines ist klar, wir können das Geld nur einmal ausgeben. Für den Klimaschutz und einen nachhaltigen Umbau der Industriegesellschaft ist der Teil dieses Geldes verloren, der rein konsumtiv „alte Strukturen“ künstlich am Leben erhält. Spätestens aus dem Bericht des ehemaligen Chefökonom der Weltbank, Sir Nicholas Stern, wissen wir aber, dass uns nur noch wenige Jahre zum Handeln bleiben, wenn die Klimawende überhaupt bezahlbar bleiben soll. Auf kurzfristige Effekte wie bei der Konjunktur können wir beim Weltklima nicht hoffen.

Zieht Euch warm an! Das ist die Botschaft, die uns täglich erreicht. Doch auch wenn wir uns warm anziehen müssen, ist die Erderwärmung damit nicht gestoppt. Im Gegenteil, wir können es uns nicht leisten, Investitionen in den Klimaschutz so lange herauszuzögern, bis es uns wirtschaftlich wieder gut geht. Wie jede große Krise, so birgt die jetzige Situation trotz allem auch eine Chance. Es steht auf einmal Investitionskapital in nie dagewesener Größenordnung zur Verfügung, mit dem sich – bei entsprechender Lenkung – durchaus Fortschritte in Richtung Klimaschutz und Nachhaltigkeit finanzieren lassen. Allerdings müssten hierfür die Finanzkrise und die ökologische Krise als eine gemeinsame Aufgabe betrachtet werden, niemand dürfte sie gegeneinander ausspielen.

Das Öko-Institut ist von der Finanz- und Wirtschaftskrise zum Glück bislang nicht betroffen, die Nachfrage nach unseren Themen bleibt unverändert groß oder nimmt sogar noch zu. Einer der Gründe: Wir sind breit aufgestellt und arbeiten international genauso erfolgreich wie national und lokal. So engagieren wir uns neben unseren zahlreichen Projekten rund um die Themen Energie oder internationaler Klimaschutz auch stark in der Region. Ein Beispiel: das nachhaltige Flächenmanagement. Vom Nachhaltigkeitsziel der Bundesregierung,

den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2020 auf unter 30 Hektar pro Tag zu verringern, ist Deutschland mit derzeit rund 100 Hektar pro Tag immer noch meilenweit entfernt. In zwei Projekten haben wir uns zusammen mit Kommunen dafür eingesetzt, dass sich das verändert. Wir analysieren gleichfalls sachlich und ohne Vorbehalte die Chancen und Risiken verschiedener neuer Technologien. Dazu gehören beispielsweise die nanotechnologischen Verfahren und Anwendungen.

Bei alledem sind wir weiterhin auf die Unterstützung von vielen angewiesen, unter anderem auf unsere Mitglieder und Spender. Denn in wichtigen Forschungsvorhaben wird uns von den Fördergebern ein Eigenanteil abverlangt, den wir als gemeinnützige Organisation nur sehr schwer aufbringen können. Auch die regelmäßige Veröffentlichung unserer Forschungsergebnisse kann allein aus den Projekten häufig nicht finanziert werden. Deshalb danken wir allen unseren Unterstützern sehr herzlich und vertrauen darauf, dass unsere Arbeit weiterhin Interesse findet.

Ihr

Helmfried Meinel

Helmfried Meinel

Die Krise könnte trotzdem eine Chance für den Umweltschutz sein.



Helmfried Meinel gehört dem Vorstand des Öko-Instituts an und ist dessen erster Sprecher.

Die Meilensteine 2008

Höhepunkte aus der Arbeit des Öko-Instituts

Januar 2008

Im Landkreis Wolfenbüttel konstituiert sich die „Begleitgruppe Asse II“. Darin haben Repräsentanten der Region die Möglichkeit, sich unmittelbar in die Diskussion um die Stilllegung des Forschungsendlagers Asse II einzuschalten. Das Öko-Institut hat an der konzeptionellen Gestaltung des Begleitprozesses mitgewirkt und verfolgt dessen Umsetzung im Auftrag des Bundesumweltministeriums.

Februar 2008

Wie können aufgrund radioaktiver Verunreinigungen nicht mehr vermarktbar landwirtschaftliche Produkte nach einem schweren Kernkraftwerksunfall entsorgt werden? Diese Frage untersucht das Öko-Institut im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz. Aufgabe der WissenschaftlerInnen ist es, eine Eilverordnung zu entwerfen, die in einem solchen Fall eine möglichst umweltverträgliche Entsorgung sicherstellen soll.

März 2008

Im Rahmen des conCISEnet-Treffens in Frankfurt stellt das Öko-Institut in einem Workshop Ergebnisse zum Thema „Strategisches Konflikt-Management bei großen Infrastrukturbau-Projekten“ vor. Das Projekt conCISEnet leistet einen Diskussionsbeitrag zur europäischen Industriepolitik im Spannungsfeld von nachhaltiger Entwicklung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

April 2008

Bei einem Expertengespräch legt das Öko-Institut die Ergebnisse des Vorhabens „Umweltrecht ohne Umsetzer? Die Strukturreformen in den Umweltverwaltungen ausgewählter Bundesländer und ihre Herausforderungen“ vor. Die Studie zeigt, dass die Umweltverwaltungen durch die Strukturreform zum Teil deutlich geschwächt wurden.

Juni 2008

Das Forschungsprojekt „komreg“ – ein Meilenstein der nachhaltigen Siedlungspolitik – ist abgeschlossen. Die WissenschaftlerInnen des Öko-Instituts ermittelten als Ergebnis des Projekts rund 1.800 Hektar Innenentwicklungspotential. Davon lassen sich rund 400 Hektar bis 2030 tatsächlich aktivieren.

Juli 2008

Bewusster Reisen ist das Motto der Zukunft. In der Studie „Der touristische Klima-Fußabdruck“ gibt das Öko-Institut Auskunft über die CO₂-Emissionen von sieben typischen deutschen Urlaubsreisen.

Trotz des Bekenntnisses der Landesregierung Baden-Württemberg zum Klimaschutz ist es in den vergangenen Jahren nicht gelungen, die CO₂-Emissionen des Landes merklich zu senken. Um konkrete klimapolitische Handlungsmöglichkeiten des Landes aufzuzeigen, erarbeitet das Öko-Institut

im Auftrag der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ein klimapolitisches Handlungsprogramm.

Das Öko-Institut veröffentlicht eine Kurz-Analyse zu der Frage, ob Laufzeitverlängerungen für Kernkraftwerke zu niedrigeren Strompreisen führen. Die Analyse untersucht auch, in welchem Umfang Zusatzgewinne im Fall einer Laufzeitverlängerung bei den verschiedenen Energieversorgungsunternehmen entstehen würden.

August 2008

Beim Auftakt-Treffen des Projekts „European Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns“ (EUPOPP) treffen sich alle Forschungspartner. Die Studie, die nicht nachhaltiges Konsumverhalten als einen der Hauptgründe für die Zerstörung der Umwelt ansieht, wird ins Leben gerufen. Das Projekt analysiert den Einfluss politischer Instrumente und Strategien auf ein nachhaltiges Konsumverhalten.

September 2008

Das Umweltbundesamt veröffentlicht eine Analyse zum Einfluss des EU-Emissionshandlungssystems auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die vom Öko-Institut mit anderen Partnern erstellt wurde. Die Analyse zeigt, dass nur für wenige Industriesektoren signifikante Wettbewerbsprobleme entstehen können, wenn ihre Kon-



kurrenten im nichteuropäischen Ausland keinen Preis für CO₂-Emissionen bezahlen müssen und dass geeignete Instrumente ergriffen werden können, mit denen die auch klimapolitisch kontraproduktive Verlagerung von CO₂-Emissionen ins Ausland vermieden werden kann.

Oktober 2008

Das Umweltbundesamt erteilt dem Öko-Institut den Auftrag für das Projekt „Leitfaden Nachhaltige Chemie“. Ziel ist die Erstellung eines gut lesbaren Leitfadens für Hersteller und Anwender von Chemikalien. Dieser soll ihnen in der Praxis Hilfestellung bei der Bewertung und Auswahl von Chemikalien unter Nachhaltigkeitsaspekten liefern.

Dezember 2008

Das Öko-Institut erhält die Zusage für das Projekt „Umweltzeichen für besonders klimarelevante Produkte“, gefördert vom Bundesumweltministerium. Mit dem Vorhaben soll anhand von zunächst zehn Produkt-

gruppen die Grundlage für eine klimaschutzbezogene Erweiterung des Umweltzeichens Blauer Engel („Klimaengel“) gelegt werden. Ziel ist es, damit eine schnelle Marktveränderung hin zu energieeffizienten Best-Produkten zu unterstützen.

Bei der 14. UN-Klimaschutzkonferenz wird erneut diskutiert, wie sich die Emissionen des internationalen See- und Flugverkehrs in das Kyoto-Protokoll einbeziehen lassen. WissenschaftlerInnen des Öko-Instituts sind sowohl in der deutschen Delegation als auch der Delegation der EU vertreten, um an einem Post 2012-Klimaschutzabkommen mitzuarbeiten. Die Experten des Öko-Instituts haben dazu konkrete Vorschläge erarbeitet.

In Brüssel stimmen EU-Parlament und Europäischer Rat dem „Klimapaket“ zu, in dem unter anderem die Richtlinie zur Förderung der erneuerbaren Energien enthalten ist. An dieser Richtlinie hat das Öko-Institut intensiv mitgearbeitet und neben Fragen der Herkunftsnachweise für „grünen“ Strom vor-

allem die Entwicklung verbindlicher Nachhaltigkeitskriterien für flüssige Bioenergieträger unterstützt.

Die Arbeiten zur Revision C der „Sicherheitsanforderungen für Kernkraftwerke“ werden abgeschlossen. Im Auftrag des Bundesumweltministeriums haben Experten aus verschiedenen Organisationen das untergesetzliche kerntechnische Regelwerk im Hinblick auf Lücken und Abweichungen vom Stand von Wissenschaft und Technik analysiert und zwölf Fachmodule neu erstellt. WissenschaftlerInnen des Öko-Instituts waren an sechs Fachmodulen beteiligt.

„Nachhaltige Industriepolitik ist ein Herzstück grünen Wirtschaftens“



Interview mit: Christian Hochfeld, Mitglied der Geschäftsführung im Öko-Institut

Neue Technologien und veränderte Lebensbedingungen haben in den vergangenen 20 Jahren zu einer enormen Beschleunigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, zur Globalisierung und zur Verschärfung ökologischer und sozialer Probleme geführt. Der Ruf nach Alternativen für die Zukunft wird immer lauter, gerade weil die Gegenwart derzeit von zwei schweren Krisen gekennzeichnet ist - der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem beginnenden Klimawandel. Vor diesem Hintergrund lädt das Öko-Institut am 5. November 2009 zur

internationalen Jahrestagung nach Brüssel ein. Mit hochrangigen ReferentInnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft werden die WissenschaftlerInnen über „Nachhaltige Industriepolitik für Europa“ diskutieren. Doch wie kann eine wirklich nachhaltige Entwicklung gerade in Krisenzeiten erreicht werden? Was wollen, was können, was müssen wir in Zukunft verändern?

Dazu im Interview: Christian Hochfeld, Mitglied der Geschäftsführung des Öko-Instituts und Experte für nachhaltiges Wirtschaften.

Das Öko-Institut setzt sich bei seiner Jahrestagung 2009 in Brüssel zum ersten Mal explizit mit der Industriepolitik auseinander. Dabei rümpfen gerade UmweltökonomInnen häufig die Nase. Warum steht das Thema bei Ihnen auf der Agenda?

Dass viele Ökonomen, gerade auch UmweltökonomInnen und Umweltschützer, die Nase rümpfen, hat einen berechtigten Grund. Sie verbinden mit diesem Thema Wettbewerbsverzerrungen, Strukturverkrustung und Widerspruch zu einer effektiven Umweltpolitik. Vielleicht ist gerade das der Grund, warum wir uns damit auseinandersetzen müssen. Es ist vollkommen richtig, dass die Industriepolitik von gestern die Opposition zu einer effektiven Umweltpolitik war. Gerade das wirtschafts- und industriepolitische Leitbild der Europäischen Kommission, Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum weltweit zu machen, hat versagt. Es hat den dringlichen Strukturwandel der europäischen Industrie nicht gefördert und so fehlt eine nachhaltige Entwicklung gerade in Bezug auf den Klima- und Ressourcenschutz.

Das klingt doch gerade so, als sollte man lieber die Finger von dem Thema lassen oder es gar beerdigen?

Nein, wir glauben, dass das nicht der richtige Weg ist. Keine Industriepolitik zu machen, ist politisch keine Option! Gerade die schwindelerregenden Konjunkturpakete, die in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Weg gebracht wurden, sind gespickt mit industriepolitischen Maßnahmen, nur die wenigsten mit nennenswerten Impulsen für Klima- und Ressourcenschutz. In Deutschland wie eigentlich überall in Europa haben wir bisher weitestgehend die Chance verpasst, die Krise zum wirklichen

Umlenken zu nutzen. Die auch von Industriekommissar Günter Verheugen geforderte „grüne industrielle Revolution“ wird es so nicht geben. Bei aller gerechtfertigten Kritik an den Paketen müssen wir uns selbst auch fragen lassen, ob wir mit Schuld daran sind, weil wir uns im Vorfeld zu wenig damit beschäftigt haben. So fehlen beispielsweise überzeugende Instrumente, um Alternativen zur „Abwrackprämie“ anzubieten, die den Titel einer Umweltpremie auch verdient hätten. In der jetzigen Form verdient sie den Namen nicht.

Was muss sich also ändern an der Industriepolitik der Zukunft?

Eigentlich stellt sich die Frage eher, was noch so bleiben kann. Nimmt man die Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes ernst, ist ein wirklicher Paradigmenwechsel ohne Alternative. War bisher die Frage: Steht die Umweltpolitik vermeintlich der Prosperität der Industrie und Wirtschaft entgegen? So wird es in Zukunft um die Frage gehen: Wie kann die Industriepolitik den Wandel zu einer grünen Wirtschaft - wie ihn die Vereinten Nationen fordern - befördern und beschleunigen. Die traditionelle politische Hierarchie wird umgekehrt. Der Ansatz der ökologischen Industriepolitik des Bundesumweltministeriums oder der „Eco-Efficient Economy“, die die schwedische Präsidentschaft des Europäischen Rats propagiert, geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung - aber noch nicht weit genug.

Was heißt das?

Letzten Endes geht es mittel- und langfristig bei der Industriepolitik um die aktive Begleitung jedes einzelnen Industriesektors in eine CO₂-freie Wirtschaftsweise, die zudem die Ressourcen im Kreislauf nutzt. Das ist

mehr als eine Förderung des Umwelttechnologiesektors. Davon werden nicht alle Sektoren wie Dienstleistung und Handel profitieren können. Selbst bei einem Ziel, die Treibhausgas-Emissionen um 80 Prozent bis 2030 zu reduzieren, war für jeden Sektor genügend Platz, um sich aus welchem Grund auch immer als Ausnahme zu definieren. Die neuesten Erkenntnisse der Klimaforschung und der Emissionsentwicklung deuten eher darauf hin, dass wir keine Ausnahmen machen können. Das gibt die Leitplanken für die Sektorziele der Industriepolitik vor. Es wird wahrscheinlich ein bekannter Streit um den effektivsten und effizientesten Instrumentenmix in einer neuen Arena und unter neuen Voraussetzungen. Nur als Modellland für Klima- und Ressourcenschutz wird es eine Geschichte geben, in die es sich lohnt, einzugehen.

Und dann? Wenn die Industriepolitik nachhaltig ist, verdient dann endlich auch die Nachhaltige Entwicklung ihren Namen?

Wenn wir erst einmal an der Stelle stehen würden, ließe sich diese Frage sicherlich leichter beantworten. Mein Gefühl ist, dass wir noch nicht wirklich wissen, ob sich Nachhaltigkeit und Wachstum im nachhaltigen Wachstum „verheiraten“ lassen. Aber ohne, dass wir unsere Industriepolitik revolutionieren, brauchen wir uns diese Frage nicht zu stellen. Die Industriepolitik muss vom Blinddarm zu einem Herzstück der grünen Wirtschaftsweise werden.

Vielen Dank für das Gespräch.

Lesen Sie mehr über die internationale Jahrestagung des Öko-Instituts: www.oeko.de/conference.

Ausgewählte Projekte zum Thema Nachhaltige Industriepolitik aus 2008/2009

Die Folgen des Klimawandels bedrohen unsere natürlichen Lebensgrundlagen und stellen das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem vor extreme Herausforderungen. Es ist nicht mehr von der Hand zu weisen, dass sich das bisherige Wirtschaftssystem weiterentwickeln muss. Benötigt wird ein Konzept, in dem Nachhaltigkeit als oberstes Ziel gilt und das

über die klassische Wettbewerbspolitik hinaus geht. Ein Konzept, das Umwelt, Wirtschaft und Soziales als miteinander verknüpfte Systeme betrachtet. Die nachhaltige Industriepolitik kommt genau diesen Anforderungen nach. Um aus der Idee Realität werden zu lassen, beschäftigen sich bereits jetzt viele Projekte des Öko-Instituts mit diesem Thema.

Konsum der Zukunft

Wie und in welchem Maß kann man mit Politikinstrumenten die Konsumgewohnheiten von Menschen so beeinflussen, dass sie auf lange Sicht nachhaltiger werden? Welche Regeln und Instrumente müssten eingeführt werden, wenn die EU ihre Nachhaltigkeitsziele erreichen will? Wie sehen ideale Randbedingungen für den nachhaltigen Einkauf aus, braucht es mehr gesetzliche Regularien, mehr Kommunikation oder „einfach“ ein anderes Verhalten an der Ladentheke? Sieben Forschungseinrichtungen aus fünf europäischen Ländern beteiligen sich – unter Leitung des Öko-Institutes – an der Beantwortung dieser Fragen. Sie tun dies für zwei ausgewählte, besonders wirksame Bedürfnisfelder, den Bereich Bauen & Wohnen und den Bereich Ernährung.

In Europa wird seit wenigen Monaten die so genannte „Sustainable Consumption and Production / SCP-Strategie“ diskutiert, die Leitgedanken für eine integrierte Industrie- und Verbraucherpolitik unter Nachhaltig-

keitsvorzeichen formuliert. Obwohl hier erste wichtige Schritte auf europäischer Ebene zusammengetragen wurden, fehlt es nach wie vor an überzeugenden Maßnahmen auf beiden Seiten und einem Konzept zur Implementierung. Hierzu will das eupopp-Vorhaben strategische Unterstützung für Politikentscheider, aber auch Unternehmen und VerbraucherInnenverbände bieten.

Unter dem Dach eines gemeinsamen methodischen Rahmenkonzeptes werden dazu Analyseschritte aus verschiedenen wissenschaftlichen Fachrichtungen zum ersten Mal systematisch und anwendungsnah verbunden. Politikanalyse trifft auf Stoffstromanalyse, Fokusgruppen hinterfragen EU-Statistiken, Juristinnen diskutieren mit ÖkonomInnen. Die Ergebnisse aus Spanien, Finnland, England, Lettland und Deutschland sollen konkrete Hilfestellung geben bei der Gestaltung von Programmen und Kampagnen und bei der Umsetzung vorhandener und zukünftiger Nachhaltigkeitsstrategien in Europa.

eupopp: Policies to Promote Sustainable Consumption Patterns

Ansprechpartnerinnen:

Dr. Bettina Brohmann
b.brohmann@oeko.de

Regine Barth
r.barth@oeko.de

Institutsbereiche:

Energie & Klimaschutz, Umweltrecht & Governance, Produkte & Stoffströme

Auftraggeber: EU-Kommission

Kooperationspartner:

Kuluttajatutkimuskeskus/National Council for Consumer Research, Finnland; University College London, UK; Association Baltijas Vides Forums/Baltic Environmental Forum, Lettland; Associação Ecoinstitut d'Ecologia Aplicada/ Association Ecoinstitut of Applied Ecology, Spanien; ICLEI – Local Governments for Sustainability, Freiburg/London; ISOE – Institut für Sozial-ökologische Forschung, Frankfurt

Laufzeit: August 2008 bis August 2011

Download: www.eupopp.net

Klimaschutz-Szenario für den Verkehrssektor

Angesichts des fortschreitenden Klimawandels ist es zwingend erforderlich, die Treibhausgasemissionen in naher Zukunft deutlich zu senken. Entsprechend ehrgeizige Minderungsziele erfordern große Anstrengungen, auch im Verkehrssektor. Durch das wachsende Verkehrsaufkommen stellen die formulierten Ziele hier jedoch eine besondere Herausforderung dar.

Vor diesem Hintergrund hatte das Projekt Renewbility zum Ziel, Potentiale und Hemmnisse für eine nachhaltige Mobilität zu untersuchen und die Wechselwirkungen zwischen Verkehrs- und Energiesektor aufzuzeigen. Hierfür bildeten die WissenschaftlerInnen die Entwicklungen im Mobilitätssektor bis zum Jahr 2030 sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite ab.

Eine Gruppe aus Vertretern der Automobil-, Bahn-, Energie- und Logistikbranche sowie Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden war maßgeblich in die Modell- und Szenarienentwicklung einbezogen. In einem

zweijährigen Prozess wurden verschiedene Szenarien erarbeitet und darauf aufbauend ein konsistentes Bündel von Annahmen und Maßnahmen abgeleitet. Das am „Runden Tisch“ entwickelte Klimaschutzszenario zeigt, dass bis 2030 eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 23 Prozent gegenüber 2005 möglich ist, wenn die vorgeschlagenen Annahmen und Maßnahmen zusammenwirken.

Die ermittelten Treibhausgasemissionen enthalten dabei neben den direkten Emissionen der Verkehrsträger auch die Emissionen aus der Fahrzeug- und Kraftstoffherstellung. Im Personenverkehr ist es bis 2030 möglich, Treibhausgasemissionen um 36 Prozent zu senken. Der zu erwartende Anstieg der Treibhausgasemissionen im Güterverkehr lässt sich mit den betrachteten Maßnahmen hingegen lediglich halbieren. Insgesamt wird der Energiebedarf des Verkehrssektors um 20 Prozent gemindert, wobei der Anteil der erneuerbaren Energien von vier auf 16 Prozent steigt.

Renewbility - Stoffstromanalyse nachhaltige Mobilität im Kontext erneuerbarer Energien bis 2030

Ansprechpartnerin:
Dr. Wiebke Zimmer
w.zimmer@oeko.de

Institutsbereiche:
Infrastruktur & Unternehmen,
Energie & Klimaschutz

Auftraggeber:
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Kooperationspartner:
Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt,
Institut für Verkehrsforschung

Laufzeit:
2005 bis 2009

Download:
www.renewbility.de



» Der Verkehrssektor muss sich vielen Herausforderungen unserer Zeit stellen: dem Klimawandel, der Umweltverschmutzung und den immer teurer werdenden Rohstoffen. Das Projekt „Renewbility“ hilft der Gesellschaft dabei, sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen. Es bietet Lösungen an, wie der Verkehr möglichst umweltfreundlich gestaltet werden kann. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass sich die Wirtschaft nachhaltig entwickelt und die Akteure aus der Automobil-, Bahn-, Energie- und Logistikbranche mit den Umwelt- und Verbraucherschutzverbänden an einem Strang ziehen. Deshalb wurden im Rahmen des Projektes Lösungsvorschläge branchenübergreifend diskutiert und entwickelt. «

Dr. Wiebke Zimmer arbeitet seit Januar 2005 im Institutsbereich Infrastruktur & Unternehmen, Büro Berlin. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Bewertung alternativer Antriebe und Kraftstoffe und die Entwicklung von Strategien zur CO₂-Minderung im Verkehrssektor.

Vertretung von Verbraucherinteressen in der europäischen Ökodesign-Richtlinie

Ziel der so genannten Ökodesign-Richtlinie ist es, die Umweltfolgen energiebetriebener Produkte (Energy using Products, EuP) zu verringern. Dies soll erreicht werden, indem bei deren Gestaltung bereits ökologische Mindestanforderungen berücksichtigt werden. Das Öko-Institut ist von der EU-Kommission damit beauftragt, die europäischen Verbraucherorganisationen ANEC und BEUC im EuP-Prozess wissenschaftlich-technisch zu beraten, damit diese sich fundiert in den begleitenden Konsultationsprozess einbringen können.

Die Richtlinie fokussiert auf den Massenmarkt. Sie erfasst solche Produkte, die einen hohen Absatz haben, besonders umweltrelevant sind und ein hohes Optimierungspotential bieten. Die Palette reicht von der Beleuchtung, Boilern und Computern über Fernseher und Haushaltsgeräte bis hin zu professionellen Geräten und übergreifenden Anforderungen an den Stand-by-Betrieb. In mittlerweile 30 wissenschaftlichen Vorstudien wird für jede dieser Produktgruppen

geprüft, welche Verbesserungsmöglichkeiten technisch umsetzbar sind und welche die Umwelt am meisten entlasten. Dabei wird der gesamte Lebenszyklus betrachtet – von der Herstellung über die Nutzung bis zur Entsorgung. Die Vorstudien bilden für die EU-Kommission die Basis, um beispielsweise verbindliche Mindestanforderungen festzulegen.

Verbraucherrelevante Fragestellungen, die im Rahmen des Projekts vom Öko-Institut untersucht werden, sind zum Beispiel, ob die Produkte durch die geplanten Maßnahmen deutlich teurer werden.

Die WissenschaftlerInnen im Öko-Institut schauen sich zudem an, ob bestimmte Verbrauchergruppen durch ein geändertes Produktdesign benachteiligt werden und ob die Verbraucherinformation ausreichend berücksichtigt ist. Insgesamt bietet der Prozess die große Chance, dass Hersteller künftig verpflichtet sind, Energie verschwendende Geräte aus dem Angebot zu nehmen und durch klimafreundlichere Systeme zu ersetzen.

Preparatory studies for eco-design requirements of EuPs (II) and on stakeholder representation – Lot C: consumers representation

Ansprechpartnerin:

Kathrin Graulich
k.graulich@oeko.de

Institutsbereich:

Produkte & Stoffströme

Auftraggeber:

EU-Kommission, DG Energy & Transport

Kooperationspartner:

European Association for the Coordination of Consumer Representation in Standardisation (ANEC), Bureau Européen des Unions de Consommateurs (BEUC), International Consumer Research & Testing (ICRT), Copenhagen Business School (CBS)

Laufzeit:

September 2007 bis September 2010

Download:

www.eupconsumer.eu



» Das Verhalten von Verbrauchern spielt oft eine entscheidende Rolle im Lebenszyklus von Produkten. Manch spätere Nutzungsmuster werden bereits durch das Produktdesign festgelegt und könnten durch ein intelligentes Design in Richtung Nachhaltigkeit gelenkt werden. Die Integration von relevanten Konsumparametern sollte daher meiner Ansicht nach nicht nur Teil einer nachhaltigen Unternehmensverantwortung sein, sondern politisch auch in einer nachhaltigen Industriepolitik verankert werden. «

Kathrin Graulich, 36 Jahre, ist stellvertretende Leiterin im Institutsbereich Produkte & Stoffströme, Geschäftsstelle Freiburg. Sie ist seit knapp zehn Jahren am Öko-Institut tätig. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt aktuell darin, die Umsetzung der europäischen Ökodesign-Richtlinie zu begleiten.

Der REACH Praxisführer hilft beim sicheren Umgang mit Chemikalien

Völlig geschlossene Anlagen gibt es selten im Leben. Arbeiten und Umgang mit Chemikalien und aus ihnen hergestellten Erzeugnissen bedeutet in den meisten Fällen auch Kontakte, also die Berührung von Mensch und Umwelt mit unterschiedlichen Stoffen. Dies kann kurz oder lang, einmal oder wiederholt, auf ganz verschiedenen Wegen, manchmal in niedrigen, manchmal in hohen Konzentrationen passieren. Wie diese Expositionen bewertet werden können – das steht im Mittelpunkt des REACH Praxisführers.

„Sicherer Umgang mit Chemikalien“ ist ein zentrales Anliegen von REACH, der neuen europäischen Chemikalienpolitik. Dies heißt auch, dass Expositionen bewertet werden müssen. Nicht nur die Hersteller

und Importeure von Chemikalien haben dabei Verpflichtungen, sondern auch deren Kundschaft. Wenn es gelingt, dabei an das bereits vorhandene Wissen zu Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutz anzuknüpfen, ist bereits ein Großteil der Wegstrecke bewältigt.

Der REACH Praxisführer möchte gerade Nicht-Fachleute mit den wichtigsten Begriffen und Methoden der Expositionsbewertung vertraut machen. Dies soll es ihnen erleichtern, die Aufgaben zu erfüllen, die mit REACH auf sie zukommen. Schwerpunkte sind hierbei die Expositionsbewertung, die Risikobeschreibung und die daraus folgenden Schritte, um die Chemikalien in den Lieferketten sicher zu verwenden und gut über die Gefahren zu informieren.

REACH Praxisführer zur Expositionsbewertung und zur Kommunikation in den Lieferketten

Ansprechpartner:
Privatdozent Dr. Dirk Bunke
d.bunke@oeko.de

Institutsbereich:
Produkte & Stoffströme

Auftraggeber:
Verband der Chemischen Industrie (VCI)

Kooperationspartner:
Forschungs- und Beratungsinstitut Gefahrstoffe (FoBIG), VCI und seine Fachverbände

Laufzeit:
Januar bis Dezember 2008

Download:
www.oeko.de/oekodoc/913/2008-025-de.zip

Wie klimaverträglich sind die Produkte und Dienstleistungen des Alltags?

Unternehmen suchen derzeit nach Möglichkeiten, die Klimaverträglichkeit ihrer Produkte sowie deren Konsum zu optimieren und übersichtlich darzustellen. Konsumenten interessieren sich mehr und mehr für klimagerechte Waren und Dienstleistungen, oft fehlt ihnen aber eine verlässliche Informationsbasis dafür. Der Product Carbon Footprint (PCF) erweist sich hier als geeignetes Mittel, um die Klimabilanz von Waren und Dienstleistungen zu bestimmen, zu bewerten und darauf aufbauend zu kommunizieren.

Unter der Leitung von Öko-Institut, WWF, Potsdam-Institut für Klimaforschung und THEMA1 ermittelten zehn Unternehmenspartner den so genannten CO₂-Fußabdruck für mehr als 15 Produkte. Informationen über CO₂-Emissionen wurden dabei für den gesamten Lebenszyklus eines Produkts ermittelt und auch nach einzelnen Phasen

wie Produktion, Distribution, Nutzung und Entsorgung aufgeschlüsselt.

Die wesentlichen Ergebnisse im Projekt: Schon heute können Unternehmen den Product Carbon Footprint nutzen, um ihre Produkte und deren Konsum klimagerechter zu gestalten. Für eine weiter reichende Nutzung des CO₂-Fußabdrucks gerade in der Kommunikation gegenüber den Kunden und Verbrauchern bedarf es aber noch weiterer internationaler Verständigung. Noch fehlt ein methodisch konsistenter und international harmonisierter Standard, für den sich die WissenschaftlerInnen des Öko-Instituts einsetzen. Unter anderem deshalb, halten die Projektpartner ein CO₂-Label mit ausgewiesener Grammzahl nicht für sinnvoll, Vielmehr werden sie in Zukunft an innovativen Kommunikationsinstrumenten jenseits des Labellings weiter forschen, um so einen klimagerechten Konsum zu fördern.

Product Carbon Footprint – Pilotprojekt Deutschland

Ansprechpartner:
Christian Hochfeld
c.hochfeld@oeko.de

Institutsbereich:
Infrastruktur & Unternehmen

Auftraggeber:
Unternehmenspartner des Pilotprojekts

Kooperationspartner:
WWF, THEMA 1, Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Laufzeit:
April 2008 bis Januar 2009

Download:
www.pcf-projekt.de

Welche Stromsparkonzepte könnten in Deutschland Erfolge erzielen?

Die privaten Haushalte in Deutschland könnten weit stärker dazu beitragen, Strom einzusparen als dies bisher geschieht. Doch Hemmnisse auf verschiedenen Ebenen erschweren es den VerbraucherInnen, sparsamer und effizienter mit Strom umzugehen. Das Projekt „Transpose“ will nicht nur solche Hemmnisse identifizieren, sondern auch geeignete Politikinstrumente für deren Überwindung erarbeiten. Diese sollen dazu beitragen, in deutschen Haushalten einen nachhaltigen Umgang mit Strom anzuregen und zu fördern.

Bei der Erarbeitung von Instrumenten wird auf das Best-Practice-Angebot anderer Länder zurückgegriffen. Um die Wirksamkeit dieser Lenkungsansätze zu überprüfen, geht

das Projekt wissenschaftlich breit gefächert vor. So kombinieren die daran beteiligten WissenschaftlerInnen verhaltenspsychologische- und soziologische Zugänge mit einer quantitativen ländervergleichenden Analyse der Politikinstrumente. Zudem erstellen sie mikroanalytische Fallstudien, um die Wirksamkeit existierender Effizienz-Instrumente zu überprüfen.

Bisher erarbeitete das Öko-Institut in diesem Projekt eine Systematisierung technischer und wirtschaftlicher Stromeinsparpotenziale für verschiedene Anwendungsfelder und Gerätegruppen in privaten Haushalten. Das Vorhaben mündet in Empfehlungen an Programm- und Politikentscheider. Damit wollen die WissenschaftlerInnen Impulse für konkrete politische Umsetzungen geben.

Transfer von Politikinstrumenten zur Stromeinsparung (TRANSPOSE)

Ansprechpartner:
Veit Bürger
v.buerger@oeko.de

Institutsbereich: Energie & Klimaschutz

Auftraggeber:
Bundesministerium für Bildung und Forschung,
Förderschwerpunkt Sozial-ökologische Forschung

Kooperationspartner:
Universität Münster, Institut für Politikwissenschaft (Projektleitung), Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik, Universitäten Kassel und Konstanz, IFZ Graz, Verbraucherzentrale NRW, Northern Alliance for Sustainability (ANPED), Wittenberg Zentrum für Global Ethik

Laufzeit: April 2008 bis März 2011

Download:
http://transpose.uni-muenster.de/publikationen/Bürger-Working_Paper_3.pdf

Ausgewählte Projekte zu anderen Themen 2008/2009

Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle – eine Dokumentation des Standes von Wissenschaft und Technik

Die Endlagerung von Abfällen mit hoher Radioaktivität ist trotz intensiver Forschung weltweit ein ungelöstes Problem. Dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie war es deshalb ein Anliegen, den erreichten Stand von Wissenschaft und Technik darzustellen und zu bewerten.

Die umfassende Übersicht des Öko-Instituts in Zusammenarbeit mit der GRS mbH bündelt die verschiedenen Fachgebiete, die für die Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen relevant sind.

Der Hauptband gibt eine kompakte Übersicht über die Endlagerthematik. Die Basis bilden hierbei das gegenwärtig diskutierte

Sicherheitskonzept und der erforderliche Sicherheitsnachweis für ein Endlager für wärmeentwickelnde radioaktive Abfälle in Deutschland. Dabei werden die Errichtungsphase, die Betriebsphase und die Nachbetriebsphase eines Endlagers betrachtet.

In den 22 Anhängen werden wichtige Einzelthemen ausgeführt wie beispielsweise der Langzeitsicherheitsnachweis für ein geologisches Endlager oder die rechtlichen Rahmenbedingungen der Endlagerung. Jeder Anhang enthält Hinweise auf die relevante Literatur zum Weiterlesen.

Endlagerung wärmeentwickelnder radioaktiver Abfälle in Deutschland

AnsprechpartnerInnen:
Gerhard Schmidt
g.schmidt@oeko.de

Julia Neles
j.neles@oeko.de

Institutsbereich:
Nukleartechnik & Anlagensicherheit

Auftraggeber:
Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Laufzeit:
September 2003 bis September 2008

Download:
<http://endlagerung.oeko.info>

Gutachten zu Managementfragen im Zusammenhang mit dem Trafobrand im Kernkraftwerk Krümmel

Ein Kurzschluss im Kernkraftwerk Krümmel setzte im Juni 2007 einen der beiden Maschinentransformatoren in Brand. Durch einen kurzzeitigen Spannungsausfall wurde in der Folge eine Reaktorschnellabschaltung ausgelöst. Dabei fiel jedoch die so genannte Reaktorspeisepumpe ungeplant aus und das Kühlwasser im Reaktordruckbehälter sank ab.

Erste Analysen des Ablaufs ergaben Hinweise auf Mängel in den Bereichen Kommunikation, Ergonomie und Organisation. In der Folge untersuchten WissenschaftlerInnen des Öko-Instituts verschiedene Fragestellungen in diesen Bereichen. Als Reaktion auf das Ereignis hatte der Betreiber ein Maßnahmenpaket vorgestellt, das die WissenschaftlerInnen im Öko-Institut schwerpunktmäßig begutachtet ha-

ben. Daran anschließend verfolgten die WissenschaftlerInnen, wie der Betreiber die Maßnahmen sowie die diesbezüglichen Empfehlungen des Öko-Instituts umsetzte. Im März 2009 bewerteten die Öko-Instituts-Experten die Ergebnisse dann in einer zusammenfassenden Stellungnahme.

Darüber hinaus behandelten die WissenschaftlerInnen einzelne Themen im Detail, wie zum Beispiel die Audioaufzeichnung von Abläufen auf der Kernkraftwerkswarte. Diese ist bisher in Sicherheitskonzepten nicht verankert, könnte aber einen Beitrag dazu leisten, personelle und organisatorische Faktoren bei Ereignissen besser zu analysieren. Zu diesem und weiteren Themen hat das Öko-Institut Konzepte und Empfehlungen für die zukünftige Umsetzung erarbeitet.

Begutachtung von Fragen zur Kommunikation, Organisation und Ergonomie im Zusammenhang mit dem meldepflichtigen Ereignis vom 28. Juni 2007 im KKW Krümmel

AnsprechpartnerInnen:

Michael Sailer
m.sailer@oeko.de

Beate Kallenbach-Herbert
b.kallenbach@oeko.de

Institutsbereich:
Nukleartechnik & Anlagensicherheit

Auftraggeber:
Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren (MSGF) Schleswig-Holstein

Laufzeit: seit August 2007



» Über die Endlagerung werden in unserer Gesellschaft intensive Diskussionen geführt. Die Fronten sind dabei oft verhärtet und seit Jahren sind keine Fortschritte zu erkennen. Ein Projekt wie die Dokumentation zur Endlagerung kann für diese wichtigen Diskussionen eine Informationsbasis bieten. Es kann damit einen Beitrag leisten, die Debatte sachlicher zu führen. Auf jeden Fall gibt die Dokumentation aber wieder, wo die Endlagerforschung in Deutschland steht und insbesondere auch, welche Fragen noch offen sind. «

Julia Neles, 39 Jahre, Ingenieurin für Umwelttechnik, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Institutsbereich Nukleartechnik & Anlagensicherheit, Büro Darmstadt. Sie ist seit neun Jahren am Öko-Institut und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen der Entsorgung und Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Wie lassen sich radioaktiv belastete Lebensmittel sicher entsorgen?

Was geschieht bei einem Reaktorunfall mit den radioaktiv belasteten landwirtschaftlichen Produkten? Der Unfall von Tschernobyl 1986 hat gezeigt, dass ein erheblicher Aufwand notwendig ist, um die kontaminierten Lebensmittel zu entsorgen. Für diesen Fall werden deshalb entsprechende technische und rechtliche Rahmenbedingungen benötigt.

Derzeit bestehen keine rechtlichen Regelungen, die den Umgang mit kontaminierten landwirtschaftlichen Produkten regeln. Dabei enthält das Strahlenschutzvorsorgegesetz, das nach der Tschernobyl-Katastrophe im Jahr 1986 verabschiedet wurde, bereits Verordnungsermächtigungen hinsichtlich der Entsorgung radioaktiv belasteter Abfälle. Das Bundesumweltministerium ist bestrebt, die bestehenden Lücken zu schließen und tragfähige Regelungen zu erlassen, die in einer Notfallsituation anzuwenden sind.

Deshalb hat das Öko-Institut den Auftrag erhalten, ein Regelungskonzept zu erstellen.

Dieses soll sowohl die technischen als auch die rechtlichen Anforderungen berücksichtigen, die für eine geordnete Entsorgung großer Mengen radioaktiv kontaminierter Produkte aus der Landwirtschaft notwendig sind. Das Gutachten betrachtet anhand eines Referenzszenarios, welche qualitativen und quantitativen Mengen nicht mehr vermarktbarer landwirtschaftlicher Produkte anfallen und stellt diese Annahmen den tatsächlichen Kapazitäten der in Frage kommenden Entsorgungswege gegenüber.

In wie weit die Entsorgung der alltäglichen Abfälle in einem solchen Fall hinten anstehen muss, wird im Gutachten ebenso berücksichtigt wie allgemeine logistische Fragen des Strahlenschutzes. Vor dem Hintergrund der rechtlichen Anforderungen der einzelnen Entsorgungswege wird dann zusammenfassend der Bedarf eines künftigen Regelungskonzepts ermittelt. Das Projekt wird mit konkreten Formulierungsvorschlägen für eine zukünftige Regelung abschließen.

Klärung technischer und rechtlicher Fragestellungen bei der Beseitigung radioaktiv kontaminierter Abfälle landwirtschaftlicher Produkte nach Ereignissen mit nicht unerheblichen radiologischen Konsequenzen

Ansprechpartner:
Christian Küppers
c.kueppers@oeko.de

Falk Schulze
f.schulze@oeko.de

Institutsbereiche:
Nukleartechnik & Anlagensicherheit,
Umweltrecht & Governance

Auftraggeber:
Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)

Kooperationspartner:
FUGRO-HGN GmbH

Laufzeit:
April 2008 bis November 2009



» Eine Gesellschaft, die Atomenergie als derzeitigen Bestandteil des Energiemixes anerkennt, muss notwendigerweise auch auf die Folgen von Reaktorunfällen vorbereitet sein. Dennoch gibt es Gesetzeslücken, die geschlossen werden müssen. So ist beispielsweise nicht geregelt, wie radioaktiv belastete Lebensmittel sicher und schnell entsorgt werden. Unser Projekt liefert dem zuständigen Bundesumweltministerium die notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen, damit anschließend gesetzgeberische Entscheidungen möglich sind. «

Falk Schulze, 35 Jahre, arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institutsbereich Umweltrecht & Governance, Büro Darmstadt. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt im Bereich des nationalen und europäischen Umweltrechts.

Weiterentwicklung der Emissionshandelsrichtlinie

Das europäische Emissionshandelssystem soll effizienter und effektiver gestaltet werden. Zusätzlich strebt die Politik wesentlich striktere Ziele an, um die Emissionen zu verringern. Deshalb läuft derzeit ein EU-weites Verfahren, um die Emissionshandelsrichtlinie zu überarbeiten. Das Öko-Institut und seine Projektpartner bieten dafür dem Umweltbundesamt und dem Bundesumweltministerium wissenschaftliche Unterstützung und Beratung.

Um den klimaschädlichen Ausstoß von Treibhausgasen effektiv und möglichst kosteneffizient zu reduzieren, hat die EU seit dem Jahr 2005 ein Handelssystem für Emissionen aus Anlagen der Energiewirtschaft und der Industrie eingeführt. Mit dem Emissionshandel ist in Europa ein neues und weltweit einzigartiges Instrument der Umweltpolitik eingeführt worden. Planung und Umsetzung des Handelssystems waren große Herausforderungen, sowohl für die nationale und europäische Politik als auch für die betroffenen Unternehmen.

Die erste Phase des Emissionshandels (2005 bis 2007) wurde bewusst als Pilotphase konzipiert, um Erfahrungen mit dem neuen marktwirtschaftlichen Instrument zu sammeln. Die anschließende Phase (2008 bis 2012) ist identisch mit dem Zeitraum, für den sich die Staaten in Kyoto auf ein Minderungsziel der Treibhausgase verpflichtet haben. Hierbei dient der Emissionshandel als ein wesentliches Instrument, um die Ziele zu erreichen. Für die dritte Phase ab 2013 wird das Emissionshandelssystem neu ausgerichtet. Neue Sektoren und Treibhausgase werden erfasst und die Anwendung wird europaweit harmonisiert.

Die Emissionshandelsrichtlinie wurde grundlegend überarbeitet. Neu dabei: Industriezweige können von Sonderregelungen profitieren, wenn sie in starker Konkurrenz zu Unternehmen stehen, die in Ländern ohne Emissionsminderungsziele agieren und durch den Emissionshandel ihre Wettbewerbsfähigkeit verlieren könnten.

Wissenschaftliche Begleitung und Beratung bei der Weiterentwicklung des europäischen Handels mit Treibhausgasemissionen im Rahmen der Überarbeitung der Emissionshandelsrichtlinie 2003/87/EG

AnsprechpartnerInnen:
Verena Graichen
v.graichen@oeko.de

Dr. Katja Schumacher
k.schumacher@oeko.de

Dr. Felix Christian Matthes
f.matthes@oeko.de

Institutsbereich: Energie & Klimaschutz

Auftraggeber:
Umweltbundesamt

Kooperationspartner:
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung

Laufzeit:
November 2007 bis Herbst 2009

Download:
www.umweltdaten.de/publikationen/fpdfl/3625.pdf

» Der Emissionshandel erfasst rund die Hälfte der deutschen Treibhausgasemissionen und ist ein Schlüsselinstrument, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Das Emissionshandelssystem der EU ist weltweit einzigartig, da es so viele Akteure und ihre Emissionen erfasst. Darum werden die Erfahrungen und ihre wissenschaftlichen Auswertungen auch so aufmerksam aufgenommen. Sowohl hier in Europa, weil das Handelssystem noch weiterentwickelt wird, als auch in anderen Staaten wie den USA, die ähnliche Systeme planen. «

Verena Graichen, 30 Jahre, Verwaltungswissenschaftlerin, arbeitet im Institutsbereich Energie & Klimaschutz, Büro Berlin. Ihre Schwerpunkte liegen im Bereich des Emissionshandels. Hierbei bearbeitet sie unter anderem ökonomische Fragen und erstellt Vergleiche zur Anwendung der Emissionshandelsrichtlinien im europäischen Raum.



Das Leitungsteam



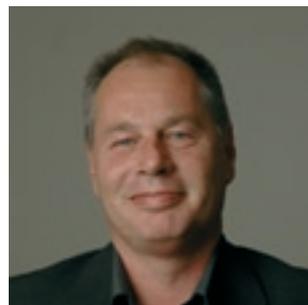
Michael Sailer



Christof Timpe



Dr. Matthias Buchert



Thomas Manz



Dr. Rainer Griebhammer



Uwe Fritsche



Carl-Otto Gensch



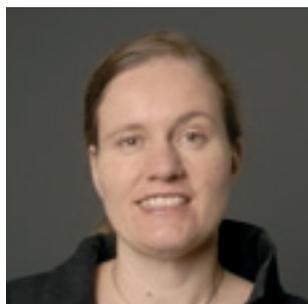
Christiane Rathmann



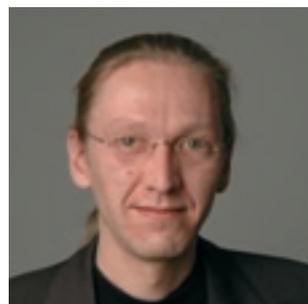
Christian Hochfeld



Martin Cames



Regine Barth



Boris Hüttmann

Michael Sailer
 Kommissarischer Geschäftsführer und Leiter des Institutsbereichs Nukleartechnik & Anlagensicherheit
 m.sailer@oeko.de
 Telefon 06151/81 91-20

Dr. Rainer Griebhammer
 Mitglied der Geschäftsführung
 r.griesshammer@oeko.de
 Telefon 0761/452 95-50

Christian Hochfeld
 Mitglied der Geschäftsführung
 c.hochfeld@oeko.de
 Telefon 030/40 50 85-385

Christof Timpe
 Leiter des Institutsbereichs Energie & Klimaschutz (FR)
 c.timpe@oeko.de
 Telefon 0761/452 95-33

Uwe Fritsche
 Leiter des Institutsbereichs Energie & Klimaschutz (DA)
 u.fritsche@oeko.de
 Telefon 06151/81 91-24

Martin Cames
 Leiter des Institutsbereichs Energie & Klimaschutz (B)
 m.cames@oeko.de
 Telefon 030/40 50 85-383

Dr. Matthias Buchert
 Leiter des Institutsbereichs Infrastruktur & Unternehmen
 m.buchert@oeko.de
 Telefon 06151/81 91-47

Carl-Otto Gensch
 Leiter des Institutsbereichs Produkte & Stoffströme
 c.gensch@oeko.de
 Telefon 0761/452 95-41

Regine Barth
 Leiterin des Institutsbereichs Umweltrecht & Governance
 r.barth@oeko.de
 Telefon 06151/81 91-30

Thomas Manz
 Leiter des Referats Finanzen
 t.manz@oeko.de
 Telefon 0761/452 95-34

Christiane Rathmann
 Leiterin des Referats Öffentlichkeit & Kommunikation
 c.rathmann@oeko.de
 Telefon 0761/452 95-22

Boris Hüttmann
 Leiter des Referats Informationstechnologie
 b.huettmann@oeko.de
 Telefon 06151/81 91-26

Das Kuratorium

Prof. Dr. Armin Bechmann
Dr. Erhard Eppler
Prof. Pierre Fornallaz
Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg
Prof. Dr. Martin Führ

Hermann Graf Hatzfeldt
Prof. Dr. Doris Janshen
Prof. Dr. Regine Kollek
Prof. Dr. Heinrich Freiherr von Lersner
Prof. Dr. Peter C. Mayer-Tasch

Prof. Dr. Eckard Rehbinder
Dr. Hans-Erich Schött
Dr. Christian Schütze
Dr. Udo Ernst Simonis

Die Vorstandsmitglieder

Helmfried Meinel
Erster Vorstandssprecher

ist Mitglied der Geschäftsleitung und Bereichsleiter für die Themengebiete Bauen, Energie, Ernährung, Umwelt, Pflege und Wohnen in der Verbraucherzentrale NRW. Er gehört seit 2002 dem Vorstand an, seit Juni 2005 ist er dessen erster Sprecher.

Dorothea Michaelsen-Friedlieb
Zweite Vorstandssprecherin

arbeitet als Unternehmensberaterin für Nonprofit-Organisationen und gehört dem Vorstand seit 1996 an. Sie engagiert sich besonders in Personalfragen. Darüber hinaus ist sie Gleichstellungsbeauftragte des Vorstands.

Stefan Alt

gehört als Mitarbeitervertreter des Darmstädter Büros dem Vorstand an. Er ist als Wissenschaftler im Institutsbereich Nukleartechnik & Anlagensicherheit tätig.

Dr. Wolfgang Brühl

war seit Anfang der achtziger Jahre bis 1999 Chef-Volkswirt der Hoechst AG. Anschließend arbeitete bis zu seinem Ruhestand selbstständig als Consultant mit den Themenschwerpunkten Wirtschafts- und Umweltpolitik.

Jakob Graichen

gehört als Mitarbeitervertreter des Berliner Büros dem Vorstand an. Er arbeitet als Wissenschaftler im Institutsbereich Energie & Klimaschutz.

Ralph Harthan

ist Mitarbeitervertreter des Berliner Büros und arbeitet dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institutsbereich Energie & Klimaschutz.

Nicola Moczek

ist Geschäftsführerin des GtV-Bundesverband Geothermie, zuvor leitete sie fünf Jahre lang als Bundesgeschäftsführerin die Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUNDjugend) e.V.

Dr. Christoph Pistner

gehört als Mitarbeitervertreter des Darmstädter Büros dem Vorstand an. Er ist als Wissenschaftler im Institutsbereich Nukleartechnik & Anlagensicherheit tätig.

Dr. Barbara Praetorius

arbeitet beim Verband kommunaler Unternehmen, wo sie für den Bereich Verbandsstrategie und Grundsatzfragen verantwortlich ist. Zuvor war die Volkswirtin und Politologin langjährig in der Klima- und Energieforschung sowie Politikberatung beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) tätig.

Nadia vom Scheidt

arbeitet seit neun Jahren in der öffentlichen Verwaltung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, mit Schwerpunkten bei den Themengebieten Informationsgesellschaft, Besseres Verwaltungshandeln und Katastrophenschutz. Von 2005 bis 2008 war die Historikerin und ausgebildete Mediatorin in die Europäische Kommission als Nationale Sachverständige abgeordnet.

Christof Timpe

vertritt das Leitungsgremium des Instituts im Vorstand. Er ist Leiter des Institutsbereich Energie & Klimaschutz, Geschäftsstelle Freiburg.

Franz Untersteller

ist seit März 2006 Abgeordneter des baden-württembergischen Landtags und stellvertretender Vorsitzender der baden-württembergischen Landtagsfraktion der Grünen sowie deren energiepolitischer Sprecher. Zuvor war der gelernte Landschaftsplaner jahrelang als parlamentarischer Berater des baden-württembergischen Landtags tätig.

Referenzen

Politik

- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen
- Bezirksregierung Köln und Münster (Westf.)
- Büro für Technikfolgen-Abschätzung am Deutschen Bundestag
- Bundesamt für Strahlenschutz (BfS)
- Bundesamt für Naturschutz (BfN)
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG)
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
- Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi)
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)
- Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)
- Europäische Kommission: Generaldirektionen für Energie und Verkehr, Forschung, Maritime Angelegenheiten und Fischerei, Umwelt, Eurostat, EU Joint Research Centre
- Europäische Umweltagentur (EEA)
- Europäisches Parlament
- Freie und Hansestadt Hamburg
- Hessisches Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Ministerium für Wirtschaft und Verkehr sowie Staatskanzlei
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
- Ministerium für ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg
- Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen
- Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren (MSGF) des Landes Schleswig-Holstein
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, Berlin
- Stadt München
- Stadt Nürnberg
- Statistisches Bundesamt
- Umweltbundesamt, Berlin
- Umweltbundesamt, Wien
- UNEP

Wirtschaft

- BASF AG
- BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH
- Ciba Specialities
- Daimler AG
- Deutsche BP
- Deutsche Telekom AG/ T-Home
- dm-drogerie markt
- DSM
- Edeka
- European Automobile Manufacturers' Association (ACEA)
- European Textile Services Association (ETSA)
- Frosta
- Henkel KGaA
- Institut für wirtschaftliche Ölheizung/Mineralölwirtschaftsverband
- International Council of Chemical Associations (ICCA)
- Loewe AG
- Mc Donalds
- Metro Group
- Miele
- Nissan Motors Europe
- Rewe Group
- Ruhrgas AG
- Stadtwerke Kiel AG
- Stadtwerke München GmbH
- Tchibo
- Tetra Pak
- Umicore Precious Metals Refining
- Unternehmensgruppe Tengelmann
- Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI)
- Volkswagen AG
- WALA
- Weleda
- Wismut GmbH

Gesellschaft

- ANEC (European Association for the Coordination of Consumer Representation in Standardisation)
- BEUC (The European Consumers' Organisation)
- BUND e.V.
- Eidgenössische Technische Hochschule Zürich (ETH)
- Greenpeace Deutschland, Schweiz, International
- Heinrich-Böll-Stiftung
- ICRT (International Consumer Research & Testing)
- Stiftung Warentest
- Stiftung Zukunftserbe
- Verbraucher-Initiative e.V
- Umweltstiftung WWF Deutschland
- WWF International
- Zentrum für Technologiefolgenabschätzung (TA-SWISS)

Service

Projekte, Veröffentlichungen, Vorträge

Interesse an der Referenzliste des Öko-Instituts?

Eine Aufstellung ausgewählter Projekte, Veröffentlichungen und Vorträge finden Sie unter www.oeko.de/dokumente/08_anhang_jb.pdf.

Dort können Sie die Liste kostenlos herunterladen.

Internet – www.oeko.de

Der Internetauftritt www.oeko.de informiert aktuell über Themen und Studien, Berichte und Broschüren aus dem Öko-Institut. Durch eine gute Benutzernavigation und übersichtliche Gliederung der Seite, ist es für die NutzerInnen einfach, sich im umfangreichen Angebot des Öko-Instituts zurechtzufinden. In der Datenbank können kostenlos Studien aus den einzelnen Institutsbereichen abgerufen und heruntergeladen werden. Zudem bietet die Startseite viele Quicklinks zu Top-Themen.

Ansprechpartner:

Markus Werz

Webmaster

Telefon 0761/452 95-29

m.werz@oeko.de

eco@work

Mit der Publikation eco@work informiert das Öko-Institut Freunde, Partner und die interessierte Fachöffentlichkeit über den aktuellen Stand der Umweltforschung an den drei Standorten Freiburg, Darmstadt und Berlin. Das E-Paper erscheint vier Mal im Jahr und berichtet über ausgewählte Projekte und Ergebnisse aus den Institutsbereichen des Öko-Instituts. Mitglieder des Öko-Instituts beziehen auch weiterhin exklusiv eine gedruckte Zeitung, können aber auf Wunsch auf die elektronische Version umsteigen.



Ansprechpartnerinnen:

Christiane Rathmann

verantwortliche Redakteurin

Telefon 0761/452 95-22

c.rathmann@oeko.de

Katja Kukatz

verantwortliche Redakteurin

Telefon Dienstag bis Donnerstag

0761/452 95-16

k.kukatz@oeko.de

Regelmäßige Fachpublikationen

Folgende regelmäßig erscheinende Publikationen des Öko-Instituts sind derzeit außerdem erhältlich:

ELNI Law Review

www.elni.org

Die elni Law Review ist eine englischsprachige Fachzeitschrift für europäisches Umweltrecht. Sie wird von der Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) der FH Darmstadt, dem Institute for Environmental Studies and Applied Research (IESAR) an der FH Bingen und dem Öko-Institut gemeinsam herausgegeben. Die Review erscheint zweimal im Jahr in englischer Sprache.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Gerhard Roller

roller@fh-bingen.de

Frau Sylvia Hölz

IESAR FH Bingen

Berlinstr. 109, 55411 Bingen

shoelz@fh-bingen.de

Ansprechpartnerin im Öko-Institut:

Heike Unruh, h.unruh@oeko.de

KGV Rundbrief

www.oeko.de/kgvweben/frameset/kgvindex.htm

KGV steht für Koordinationsstelle Genehmigungsverfahren. Die Quartalszeitschrift informiert regelmäßig über alle Aspekte industrieller Anlagengenehmigungsverfahren.

Ansprechpartner:

Peter Küppers

Telefon 06151/81 91-29

KGV@oeko.de

Internationale Jahrestagung 2009 Nachhaltige Industriepolitik für Europa



Eine innovative und wettbewerbsfähige Wirtschaft ist das Ziel der klassischen Industriepolitik. Doch wie lassen sich rein wirtschaftspolitische Ziele in Zeiten der Krise mit einer nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft verbinden? Wie können Umwelt- und Klimaschutz zur treibenden Kraft für Innovationen in den Unternehmen werden? Diesen Fragen geht die internationale Jahrestagung des Öko-Instituts in Brüssel nach.

Datum: Donnerstag, 5. November 2009
Ort: Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union, Rue Belliard 60 - 62, B - 1040 Brüssel

Anmeldung, Programm und weitere Info:

Romy Klupsch
Telefon: 0761/452 95-0
Telefax: 0761/452 95-88
E-Mail: event@oeko.de
Internet: www.oeko.de/jahrestagung

Mission Zukunft gestalten - Machen Sie mit! Werden Sie Mitglied!



Wir finanzieren unsere Arbeit in erster Linie durch öffentliche und private Auftraggeber. Doch wir stoßen auch selbst strategisch und gesellschaftlich wichtige Projekte an. Dafür benötigen wir Ihre Hilfe. Werden Sie Mitglied und sorgen Sie für eine finanziell unabhängige und kritische Wissenschaft.

Als Mitglied

- erhalten Sie kostenlos unsere vierteljährlich erscheinende Zeitschrift *eco@work*.
- nehmen Sie zu ermäßigten Gebühren an unseren Veranstaltungen teil.
- Informieren wir Sie über aktuelle Themen, Veranstaltungen und neue Studien.

Der jährliche Mitgliedsbeitrag im Öko-Institut beträgt 80 Euro, der ermäßigte Beitrag – für Auszubildende, Studierende, RentnerInnen – 35 Euro. Sie können sich auch für eine Lebensmitgliedschaft entscheiden. In diesem Fall zahlen Sie einmalig 1000 Euro.

Haben Sie Fragen?

Ihre Ansprechpartnerin Romy Klupsch beantwortet sie gerne:
Telefon: 0761/452 95-24
mitglieder@oeko.de

Sie haben sich schon entschieden?

Ein Anmeldeformular und weitere Informationen finden Sie unter:
www.oeko.de/mitmachen.

Pressestimmen 2008

Die WissenschaftlerInnen des Öko-Instituts in den Medien – eine Auswahl:

- Der Spiegel,** 7. April 2008
» Um den Atommüll muss man sich kümmern, egal wie es mit der Kernenergie weiter geht. Wenn wir das Zeug oberirdisch herumstehen lassen, endet das irgendwann übel. «
 Michael Sailer
- Süddeutsche Zeitung,** 17. April 2008
» Werden die politischen Ziele zur Verbesserung der Effizienz, beim Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der umweltfreundlichen Strom- und Wärmegewinnung tatsächlich umgesetzt, ist der Verzicht auf die Kernenergie und gleichzeitig auf den Neubau emissionsintensiver Kohlekraftwerke möglich. «
 Dr. Felix Christian Matthes
- Financial Times Deutschland,** 12. Juni 2008
» Wir empfehlen allen Ökostromanbietern, über ihre Aktivitäten möglichst detailliert Auskunft zu geben. «
 Dominik Seebach
- 3sat, NANO,** 4. September 2008
» Bisher kann man zur Sicherheit von Gorleben keine abschließende Aussage treffen. «
 Beate Kallenbach-Herbert
- Frankfurter Rundschau,** 16. September 2008
» Eigentlich sollte die Ökologie im Massenmarkt so durchgedrungen sein, dass man als Verbraucher da gar nicht mehr explizit darauf achten müsste. «
 Dr. Dietlinde Quack

Impressum

© Öko-Institut e.V.,
 Institut für angewandte Ökologie

Redaktion:

Christiane Rathmann (verantwortlich),
 Lena Schwoerer
 Telefon 0761/452 95-22,
 E-Mail: redaktion@oeko.de

Layout:

Tobias Binnig, www.gestalter.de

Fotos:

Öko-Institut e.V., Fotolia.com

Druck:

Meisterdruck GmbH
 Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Geschäftsstelle Freiburg

Postfach 50 02 40
79028 Freiburg
Merzhauser Straße 173
79100 Freiburg
Telefon: 0761/452 95-0
Telefax: 0761/452 95-88

Büro Darmstadt

Rheinstraße 95
64295 Darmstadt
Telefon: 06151/81 91-0
Telefax: 06151/81 91-33

Büro Berlin

Novalisstraße 10
10115 Berlin
Telefon: 030/40 50 85-0
Telefax: 030/40 50 85-388

info@oeko.de
www.oeko.de